



Fokke Schmidt jr.
Ratsherr im Rat der Stadt Borkum
Bubertstrasse 9
26757 Borkum
Telefon: 04922/3080
Telefax: 04922/308113
Mobil: 0172/7215269

ORTSVERBAND BORKUM

LESERBRIEF:

„Deutliches Zeichen zum Verzicht erwartet“

Der in der Borkumer Zeitung vor einiger Zeit veröffentlichte Flyer zur Erhöhung der Fremdenverkehrsabgabe und der am 25.1.2007 erschienene Artikel bezüglich meines Verzichts auf Sitzungsgelder, Fahrtkostenpauschale und Aufwandsentschädigung, die mir laut Satzung als Ratsherr zustehen, stehen in engem Zusammenhang, so dass es meines Erachtens weiterer Ausführungen zu diesem Thema bedarf, die ich hiermit gerne der Öffentlichkeit geben möchte.

Laut den entsprechenden Paragraphen der Niedersächsischen Gemeindeordnung kann der Rat einer Gemeinde sich eine Satzung zur „Entschädigung der Ratsmitglieder“ geben. Es ist also keine Mussbestimmung und nirgendwo ist demnach nachzulesen, dass Ratsherren und – frauen sich Entschädigungsgelder zusprechen müssen.

Der Rat der Stadt Borkum hat diese Satzung vor langer Zeit beschlossen und zur Zeit stehen Ratsherren und Frauen auf Borkum folgende Gelder zu:

- *Ratsmitglieder erhalten eine pauschale monatliche Aufwandsentschädigung von 20,00 Euro, unabhängig davon, ob sie an Sitzungen teilgenommen haben oder ob überhaupt Sitzungen stattgefunden haben.*
- *Der 1. und 2. Vertreter der Bürgermeisterin, sowie die Fraktionsvorsitzenden erhalten pauschal 90,00 € pro Monat*
- *Ratsmitglieder erhalten für jede Ratssitzung, Ausschusssitzung und sogar Fraktionssitzung (diese werden nicht von der Verwaltung*

festgelegt, sondern in Häufigkeit und Termin von den Fraktionen selbst) 20,00 Euro „Sitzungsgeld“.

- *Ratsmitglieder bekommen eine Fahrkostenpauschale für Fahrten innerhalb des Stadtgebietes von 5,00 Euro pro Monat*

Laut mir vorliegenden Informationen wurden in den Jahren 2003 bis 2006 (1.Halbjahr) –also in dreieinhalb Jahren - an Aufwandspauschalen, Sitzungsgeldern und Fahrkostenpauschalen insgesamt 110.278,00 Euro an Ratsmitglieder ausgezahlt. Hochgerechnet auf eine Legislaturperiode (5 Jahre) ergibt das rund 160.000,00 Euro. Umgerechnet sind das etwa 1900,00 Euro pro Jahr und Ratsmitglied.

Damit hat so manches Mitglied des Rates die von ihm zu zahlende Fremdenverkehrsabgabe wieder in der Tasche.

Mich packt regelmäßig die Wut, wenn ich höre und sehe, wie sich die Vorstände deutscher Firmen gegenseitig das Geld zuschustern und dann lächelnd und mit Victoryzeichen vor Gericht auftauchen, wenn sie zur Verantwortung gezogen werden sollen. Mich packt die Wut, wenn sich unsere Abgeordneten in Berlin mal wieder die Diäten erhöhen und gleichzeitig dem Bürger immer mehr aus der Tasche ziehen und mich bedrückt es, wenn mit der Mehrheit der Stimmen des Borkumer Rates die Fremdenverkehrsabgabe um 30% erhöht wird und die Ratsherren und –frauen mit rund 160.000 Euro in einer Legislaturperiode für diese Beschlüsse „entlohnt“ werden.

Ich habe die Bürgermeisterin gebeten, die mir zustehenden Gelder zweckgebunden der Jugendarbeit auf Borkum zur Verfügung zu stellen. Leider geht das aus rechtlichen Gründen nicht. Die Gelder müssen an mich ausgezahlt werden, so dass ich diese direkt an die entsprechenden Einrichtungen weiterleiten werde.

Ich bin der festen Überzeugung, dass es nicht einem Mitglied des Borkumer Rates wirklich wehtut, auf diese Gelder zu verzichten. Ich rufe meine Kolleginnen und Kollegen im Rat auf, mit der Entlastung der Stadtkasse bei uns selbst anzufangen und werde daher in die nächste Ratssitzung den Antrag auf Änderung der Satzung einbringen und somit die ersatzlose Streichung von Aufwandspauschalen, Sitzungsgeldern und Fahrkostenpauschalen beantragen, so dass lediglich nachgewiesene Verdienstauffälle erstattungspflichtig bleiben.

Gelingt es mir, eine Mehrheit meiner Kollegen und Kolleginnen zu überzeugen, dann können auch die Borkumer Volksvertreter und

Volksvertreterinnen ein deutliches Zeichen setzen, dass wir zum Verzicht bereit sind, um die Stadtfinanzen zu sanieren.

160.000 Euro in fünf Jahren mögen manchem nur wie „ein Tropfen auf den heißen Stein“ erscheinen, aber „auch Kleinvieh macht Mist“ und „steter Tropfen höhlt den Stein“ , sagt schon der Volksmund. Ganz davon abgesehen sind auch die 142.000 Euro, die die Stadt nun durch die Erhöhung der Fremdenverkehrsabgabe mehr einnimmt, auch nur ein Summe, die der Stadt bei der derzeitigen Finanzlage nicht allzuviel hilft – aber jedem einzelnen Zahlungspflichtigen schadet.

Neben viel Lob und Anerkennung für unsere Initiative gegen die Erhöhung der Fremdenverkehrsabgabe mittels unseres – zugegeben sehr angriffslustigen - Flyers haben wir auch ein paar kritische Stimmen gehört, die sich überwiegend darauf berufen haben, dass wir keinen Lösungsvorschlag bieten, wie man anderweitig an diese 142.000 Euro kommen soll. Ganz davon abgesehen, dass ich es zwar schlimm finde, keinen Lösungsansatz zu haben, aber noch schlimmer finde, keinen zu haben und den Bürger bezahlen zu lassen, findet man im Wahlprogramm der FDP zu den Kommunalwahlen 2006 sehr wohl Vorschläge, die in die richtige Richtung gehen.

Der nun von mir vorgeschlagene Beitrag zur Lösung der Finanzprobleme heißt „Verzicht“ statt „Zugreifen“ und wenn wir uns einig sind und die Satzung ändern, haben die Bürger vielleicht auch wieder mehr Vertrauen in die von ihnen gewählten Volksvertreter, denn : Es ist nicht unser Geld, welches wir einnehmen, sondern das der Bürger !



**Fokke Schmidt jr.
FDP Ratsherr**